



Protokoll der 13. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. September 2009, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Dieter Epple, Peter Furrer, Claudia Gloor, Meret Kaufmann, Andreas Lirgg, Daniel Spinnler, Peter Stengle

Traktanden	Laufnummer
1. Dringliche Interpellation von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend überparteilichem Postulat Nr. 2007/186 „Gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen“ <i>://: Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2007/186a
2. Ersatzwahlen in Ratsbüro und GPK <i>://: Wahl von Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) anstelle von Elisabeth Augstburger als ordentliches Mitglied in Büro und anstelle von Peter Furrer als Ersatzmitglied der GPK.</i>	2009/72
3. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Peter Schäfer namens der FDP-Fraktion betreffend Unterstützung von Vereinen welche die Freizeit von Jugendlichen sinnvoll gestalten <i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2007/149 abgeschrieben.</i>	2007/149 2007/149a
4. Bericht des Stadtrates betreffend Mutation Quartierplanung Bücheli (vorgängig QP Areal Bücheli – Obergestadeck, Quartierplan 1); 1. und 2. Lesung <i>://: Antrag Stadtrat wird in 2. Lesung einstimmig zugestimmt.</i>	2009/73
5. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) betreffend der Reklamereglement-Teilrevision <i>://: Die Vorlage Nr. 2005/46b wird gemäss GoR-Antrag einstimmig an den Stadtrat zurückgewiesen. Die GoR-Anliegen sind bei der Erarbeitung der neuen Vorlage zu berücksichtigen.</i>	2005/46b 2005/46c
6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Regina Vogt der FDP-Fraktion betreffend Einführung einer neuen Fussgängerkultur in Liestal <i>://: Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2009/56
7. Motion von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse <i>://: Die Motion wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i>	2009/57

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) begrüsst die Einwohnerratsmitglieder und Gäste zur ordentlichen Einwohnerratssitzung und heisst diese willkommen.

Speziell wird das neue Ratsmitglied Lorenz Rudin als Nachfolger von Regina Vogt zu seiner ersten Einwohnerratssitzung begrüsst.

Einwohnerratsmitglied Roman Zeller wird heute letztmals als Parlamentsmitglied an einer Einwohnerratssitzung präsent sein und diesem für die Zukunft alles Gute gewünscht.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26.08.2009

Der Ratspräsident informiert darüber, dass vom Ratsbüro am 17.09.2009 das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26.08.2009 mit folgender Änderung auf Seite 270, Votum von Hanspeter Zumsteg (Grüne Fraktion) genehmigt wurde: Das Wort „Einwohnerratssitzung“ ist durch „Bürositzung“ zu ersetzen.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert kurz über die wichtigsten Entscheide der letzten Bürositzung vom 17.09.2009:

- Die Einschaltssitzung vom 21.10.2009 fällt wegen fehlender Geschäfte beziehungsweise Traktanden aus.
- Der Voranschlag 2010 wird nach Verabschiedung desselben durch den Stadtrat an die Finanzkommission (Fiko) sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.
- Nach Vorliegen der stadträtlichen Manor-Finanzvorlage wird das Büro noch mit Zirkulationsbeschluss die Überweisung der Vorlage an eine oder mehrere einwohnerrätliche Kommissionen beschliessen. Somit sollte das Geschäft trotz Ausfallen der Einwohnerratssitzung vom 21.10.2009 keine Verzögerungen erfahren.

Dem Einwohnerrat sind vorgängig der heutigen Ratssitzung folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Dringliche Interpellation Nr. 2007/186a betreffend überparteilichem Postulat Nr. 2007/186 „Gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen“
- Einwohnerratsvorlage Nr. 2009/74 betreffend Ersatzwahlen in Ratsbüro und GPK
- Verkehrskonzept Liestal, Umsetzung 2010-2017; Situationsplan
- Streetwork Region Liestal, Zwischenbericht Januar – Juni 2009
- Integrationskommission; Flyer „Liestal spricht 90 Sprachen“

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert über die Ergebnisse sowie Auswertung der Bevölkerungsumfrage: Im Herbst 2008 wurde in neun Baselbieter Gemeinden, darunter die Stadt Liestal, die Bevölkerung zur Zufriedenheit mit ihrer Gemeinde und deren Dienstleistungen befragt. Eine vertiefte Analyse der Befragungsergebnisse zur Stadt Liestal zeigt, dass vor allem die Lebensqualität wie Wohnlage, Gemeinschaftsleben, Anbindung mit dem öffentlichen Verkehr, Infrastruktur, die Pflege der Gemeinde durch den Werkhof, die Freundlichkeit des Gemeindepersonals und die Homepage der Stadt positiv vermerkt werden. Kritisch beurteilt die Bevölkerung in erster Linie die Höhe des Steuerfusses und die Öffnungszeiten der Verwaltung. Weiter ausgebaut werden sollten nach Einschätzung der Antwortenden Themen wie Öffnungszeit der Verwaltung, Informationen der Verwaltung, Sauberkeit/Littering, Betreuungsangebote für Kinder, Freizeitangebote, Sportanlagen, Velowege, kulturelles Angebot und die Attraktivität des Stadtlebens im Allgemeinen. Wenn auch der Rücklauf der Fragebogen im Quervergleich zu den anderen Gemeinden eher tief gewesen ist, decken sich die Feststellungen der Bevölkerung mit den Einschätzungen des Stadtrats und der Verwaltung. Die Umfrageergebnisse fliessen daher in die Zielsetzungen des Jahresprogramms 2010 wie auch in die Planungsinstrumente der Stadt Liestal ein, um eine kontinuierliche Verbesserung realisieren zu können. Dem Stadtrat und der Verwaltung ist dabei bewusst, dass sich nicht alles auf einmal realisieren lassen wird. Dennoch werden die angestrebten Verbesserungen der Bevölkerung zugute kommen. Über die Umsetzung wird in den kommenden Ausgaben von Liestal aktuell wieder berichtet.
- Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf das Tischpapier „Verkehrskonzept Liestal, Umsetzung 2010 – 2017“ und gibt hinsichtlich der Interpellation „Verkehrsumlagerung im Zentrum“ (Nr. 2009/41) auf Vorschlag des Ratsbüros eine Erklärung ab. Seine Aussage an der letzten Sitzung vom 26.08.2009, Traktandum-Nr. 108, Seite 120, letzter Satz des 1. Abschnitts sollte richtigerweise heissen: *Der Stadtrat hat nicht die Absicht, die neue Verkehrsführung über die Poststrasse nach Abschluss der Bauarbeiten als zusätzliche Transitachse zu öffnen.* Mit dem verteilten Tischpapier wird verdeutlicht, was betreffend der Umsetzung des Verkehrskonzeptes Liestal in den Jahren 2010 bis 2017 passieren wird. Speziell wird auf die Realisierung der Schild-Anschlüsse gemäss Bst. 1a und 1b der Legende hingewiesen. Die Fragen von Interpellantin Margrit Siegrist dürften mit der Erklärung gemäss Buchstaben A und B des Situationsplanes beantwortet sein.

Margrit Siegrist (SVP) dankt für die Präzisierungen und Erklärungen von Stadtrat Ruedi Riesen sowie den plausiblen verständlichen Situationsplan, welcher den Einwohnerratsmitgliedern verteilt wurde.

Stimmzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--------------------|
| - Raissa Bonjour | 1: Seite FDP |
| - Philipp Senn | 2: Mitte |
| - Elisabeth Augstburger | 3: Seite SP, Grüne |
| - Sabine Sutter | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

- Dringliche Interpellation von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend überparteilichem Postulat Nr. 2007/186 „Gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen (Nr. 2007/186a)

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) unterbreitet betreffend der Traktandierung sowie Behandlung der Geschäfte folgende Vorschläge des Büros:

- Die Traktandenliste ist mit der Vorlage „Ersatzwahlen in Ratsbüro und GPK“ (Nr. 2009/74) zu ergänzen, welche vorgängig der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde.
- Anfangs der Sitzung ist noch hinsichtlich der Überweisung des dringlichen Postulates betreffend Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen (Nr. 2007/186a) zu beschliessen.
- Die Mutation Quartierplanung Bücheli (Nr. 2009/73) ist an der nächsten Einwohnerratssitzung Sitzung in 2. Lesung zu beschliessen. An der heutigen Sitzung können in der 1. Lesung Fragen gestellt und diese sicher auch beantwortet werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so könnte gegebenenfalls auf Antrag eine Überweisung der Vorlage an die BPK beschlossen werden. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen erfährt das Geschäft trotz der ausfallenden Sitzung vom 21.10.2009 keine Verzögerungen und auch die Regel wird eingehalten, dass solche Geschäfte in zwei Sitzungen beraten werden.

://: Dem Vorschlag des Büros wird zugestimmt und die Traktandenliste mit der Vorlage „Ersatzwahlen in Ratsbüro und GPK“ ergänzt.

113 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Dringliche Interpellation von Pascal Porchet der FDP-Fraktion betreffend überparteilichem Postulat Nr. 2007/186 „Gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen“ (Nr. 2007/186, Nr. 2007/186a)

Die dringliche Interpellation Nr. 2007/186a hat folgenden Wortlaut:

Dringliche Interpellation betreffend überparteilichem Postulat Nr. 2007/186 „Gegen Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen“

Fragen:

Der Stadtrat wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

Wann erhält der Einwohnerrat einen Bericht zur oben genannten Vorlage, die am 05.12.2007 von der BPK eingereicht wurde?

Welches sind die Sofortmassnahmen aus Sicht des Stadtrates?

*Pascal Porchet
FDP-Fraktion*

22.09.2009

Pascal Porchet (FDP) äussert als Interpellant, die Wichtigkeit und Dringlichkeit seines Vorstosses ist sicher gegeben, berücksichtigt man den regen Mailverkehr sowie Zeitungsberichte der vergangenen Tage. Am letzten Samstag konnte er feststellen, dass tatsächlich etwas in Schieflage sein muss, war doch die Amtshausgasse gesperrt, obwohl in dieser nicht gebaut wurde. Die Problematik wurde bereits im Jahre 2007 erkannt und das überparteiliche Postulat Nr. 2007/186 der Bau- und Planungskommission betreffend des Besucher- und Kundenrückgangs durch Baustellen eingereicht. Die stadträtliche Antwort zum Vorstoss ist noch ausstehend. Im Jahre 2006 ist von der FDP eine Unternehmer-Zufriedenheitsanalyse gemacht worden. Der Zugang zu den Geschäften sowie die Parkierungsmöglichkeiten für die Kundschaft sind als dringliche Probleme aufgeführt worden. Gemäss Mitteilung der KMU Liestal sind in den letzten 3 Jahren über 20 Geschäfte in Liestal geschlossen worden, aus welchen Gründen auch immer. Gemäss einer kürzlichen Umfrage sind 11 Firmen bekannt, welche im Jahre 2009 massive Umsatzeinbussen verzeichnen.

Matthias Zimmermann (SP) unterstützt als BPK-Präsident den Vorstoss von Pascal Porchet, hatte doch die BPK an ihrer letzten Sitzung auch mögliche Vorgehensweisen bei längerem Ausbleiben von stadträtlichen Antworten zu einem Vorstoss beraten. Eine sofortige Behandlung bzw. Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat an der heutigen Sitzung wird befürwortet.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch der von in ihrem Postulat Nr. 2008/26 aufgezeigte Lösungsvorschlag betreffend der Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen mit einem Schrägparkieren entlang der Kasernenstrasse dürfte eine prüfenswerte Option zur Problemlösung sein.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass betreffend der Dringlichkeit der Interpellation keine Wortbegehren mehr angemeldet werden. Für eine sofortige Behandlung bedarf es einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Einwohnerratsmitglieder.

://: Einstimmig wird die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2007/186a von Pascal Porchet erklärt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, dass die stadträtliche Antwort zum Postulat Nr. 2007/186 bis zur nächsten Einwohnerratssitzung vorliegen sollte. Ziel ist es, dass die Sofortmassnahmen bis Ende Oktober umgesetzt sind, damit das Weihnachtsgeschäft keine Einschränkungen erfährt.

Pascal Porchet (FDP) befriedigen die stadträtlichen Antworten nicht und es wird die Diskussion erwünscht. Seit 2007 ist das Problem erkannt und die stadträtliche Stellungnahme wird nun erst auf die November-Einwohnerratssitzung in Aussicht gestellt. Aktuelle Sofortmassnahmen drängen sich auf und dürfen allenfalls auch etwas kosten. Eine intensive Plakatierung mit Hinweis auf freie Parkplätze usw. macht Sinn. Auch die beauftragten Firmen sollten in Pflicht genommen werden, indem beispielsweise grössere Bauarbeiten montags ausgeführt werden, da dann die meisten Läden sowieso geschlossen sind. Bereits im Zusammenhang mit der Submissionsausschreibung sollten betreffend der Reinlichkeit der Baustellen und Organisation derselben Auflagen gemacht werden.

Matthias Zimmermann (SP) fügt hinzu, dass bereits mit dem überparteilichen Postulat Nr. 2007/186 verschiedene Kampagnen verlangt und vorgeschlagen wurden, welche sich nicht nur auf die Baustellen in der Kernzone beschränken.

Stadtpräsidentin Regula Gysin bedauert es, dass die stadträtliche Antwort betreffend dem Postulat wegen des Ausfallens der Oktober-Einwohnerratssitzung weitere Verzögerungen erfährt. Die Anliegen der politischen Vorstösse werden sehr ernst genommen. Verschiedene Sofortmassnahmen sind aufgegleist und nicht erst die November-Einwohnerratssitzung abgewartet. Diesbezüglich wird auch in der schriftlichen Postulatsantwort des Stadtrates informiert.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

114 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen in Ratsbüro und GPK (Nr. 2009/74)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung wünscht und über die beiden Wahlvorschläge offen abgestimmt werden kann. Ebenfalls kann er feststellen, dass zur Vorlage und den Wahlvorschlägen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der CVP/EVP/GLP-Fraktion wird Vreni Wunderlin anstelle von Elisabeth Augstburger als ordentliches Mitglied in das Ratsbüro und anstelle von Peter Furrer als Ersatzmitglied in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt.

115 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Peter Schäfer namens der FDP-Fraktion betreffend Unterstützung von Vereinen welche die Freizeit von Jugendlichen sinnvoll gestalten (Nr. 2007/149, Nr. 2007/149a)

Michael Bischof (FDP) hält stellvertretend für Postulant Peter Schäfer fest, dass der politische Vorstoss vom ehemaligen Einwohnerratsmitglied im Zusammenhang mit den Kunstrassen-Investitionen eingereicht wurde, sollen doch auch andere Vereine Beiträge erhalten, welche Jugendarbeit leisten. So wurde der Stadtrat um Antwort gebeten, in welcher Form generell künftig Vereine unterstützt werden können, welche sich für eine sinnvolle Freizeitgestaltung der Liestaler Jugend einsetzen. Sicher war es nicht die Absicht des Postulanten und der FDP-Fraktion, dass vom Stadtrat gleich eine neue Verordnung ausgearbeitet wird. Für die Offenheit und Kenntnissgabe der stadträtlichen Verordnung wird gedankt, doch leider fehlt die in der Verordnung erwähnte Richtlinie als Anhang. Dass beispielsweise Vereine mit einem Eigenkapital von mehr als CHF 20'000.— keine Vereinsbeiträge erhalten, macht wenig Sinn, da diesbezüglich doch auch die Vereinsmitgliederzahl als weiteres Kriterium mitberücksichtigt werden müsste. Doch betreffend solchen Bestimmungen hat der Stadtrat das Sagen, welcher die Verordnung auch erlässt. Erfreulich ist, dass die Jugendkommission die Kompetenz erhält, Beiträge bis zu CHF 3'000.— für einzelne Projekte bewilligen zu können. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, die stadträtliche Vorlage habe in seiner Fraktion Anlass zum Kopfschütteln gegeben. Die Vereine haben eine wichtige Funktion in der Gesellschaft und es gibt genügend gute Beispiele anderer Gemeinden, welche die Jugendarbeit von Vereinen honorieren. In der Verordnung sind verschiedene Punkte und Auflagen aufgeführt, die bei der Kontrolle der Kriterien und dem Vollzug problematisch sein dürften. Seine Fraktion wird der Abschreibung des Postulates ebenfalls zustimmen. Die SVP-Fraktion kann sich aber vorstellen, zum gleichen Thema einen neuen Vorstoss einzureichen, da die Bestimmungen in der vorliegenden Form keinen Sinn machen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, ihre Fraktion werde den Anträgen zustimmen. Erfreut nimmt man zur Kenntnis, dass Beiträge auch an gemeinnützige Organisationen und nicht nur Beiträge im Zusammenhang mit der Jugendförderung geleistet werden. Positiv ist auch, dass die Jugendkommission im Zusammenhang mit dem Vollzug eingebunden wird. Zu folgenden Fragen und Anregungen wird noch eine stadträtliche Antwort erwartet: Werden die Vereinsbeiträge im Voranschlag eingestellt? Ist es möglich, dass die Fiko darüber in Kenntnis gesetzt wird, welche Vereine wieviele finanziellen Mittel erhalten? Wie bekommt der Stadtrat Kenntnis von den Entscheidungen der Jugendkommission im Zusammenhang mit eingereichten Beitragsgesuchen?

Corinne Ruesch (GL) äussert, mit der stadträtlichen Vorlage sind in ihrer Fraktion mehr Fragen aufgetaucht als mit der Stellungnahme zum Postulat beantwortet worden sind. Werden im Zusammenhang mit der Jugendarbeit nur projektbezogene Gesuche bewilligt oder kann beispielsweise auch eine Ludothek um Beiträge ersuchen, welche nicht mit einem Projekt begründet werden können? Inhaltliche Kriterien werden im Zusammenhang mit der Jugendarbeit von der Jugendkommission geprüft, doch wer zeichnet für die übrigen Gesuche verantwortlich? Sie kann sich ihren Vorrednern anschliessen und feststellen, dass in der stadträtlichen Verordnung viele formale Kriterien festgehalten sind, welche gute und wichtige Arbeiten der Vereine nicht unterstützungswürdig machen. Die vom Postulanten formulierte Forderung betreffend transparenteren Vergabekriterien ist in der neuen Verordnung nicht klar ersichtlich. Eigentlich wollte ihre Fraktion die stadträtliche Vorlage zurückweisen, doch macht es wohl eher Sinn, das Postulat abzuschreiben und einen neuen Vorstoss einzureichen, wie dies vorgängig bereits erwähnt wurde.

Walter Leimgruber (SP) orientiert, seine Fraktion stimme den stadträtlichen Anträgen zu. Überrascht war man schon, dass die Verordnung weit mehr als die Forderungen des Postulanten betreffend einer Jugendarbeit-Unterstützung beinhaltet. Bereits bei der Postulatsüberweisung hatte sich seine Fraktion gegen ein Giesskannenprinzip, sondern für eine projektbezogene und subsidiäre Behandlung von Gesuchen ausgesprochen. Zu folgenden Fragen wünscht man noch eine Antwort: Werden die finanziellen Beiträge in einem Topf bzw. unter einem Konto veranschlagt und verbucht? Wie verhält es sich mit der Eingabefrist für finanzielle Beiträge? Was passiert mit eingehenden Gesuchen, wenn der Topf mit den veranschlagten Beiträgen bereits leer ist?

Hans Rudolf Schafroth (SVP) äussert, dass die vom Stadtrat vorgelegte Verordnung nicht im Sinn des Postulanten sein dürfte. Es ist gut, dass kleine Vereine für ihre Jugendarbeit unterstützt werden. In Liestal gibt es aber auch grosse Vereine wie beispielsweise den Turnverein mit Jugendsektionen von über 250 Jugendlichen. Die Jugendarbeit solcher Vereine wird nun fast mit den Füßen getreten, da solche Vereine für ein Weiterbestehen über ein grösseres Eigenkapital verfügen müssen und die Eigenkapital-Limite von CHF 20'000.— gemäss Verordnung deshalb lächerlich klein ist. So wird von ihm auch bezweifelt, ob die Jugendkommission tatsächlich auch die richtige Anlaufstation für Gesuche von Sport- und Turnvereinen ist. Die vorliegende Verordnung kann wohl kaum die endgültige Fassung sein und eine Überarbeitung drängt sich unbedingt auf.

Hanspeter Stoll (SP) ist erfreut ob der heutigen Diskussionen im Zusammenhang mit der Unterstützung von Jugendarbeit. Er hofft, dass sich all diejenigen, die sich für die finanzielle Unterstützung von Vereinen und Jugendarbeiten einsetzen, zur gegebenen Zeit auch die finanziellen Mittel im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan sowie dem Voranschlag zur Verfügung stellen werden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf die verschiedenen Fragen und Aussagen der Vorredner und nimmt dazu Stellung. Im fehlenden Anhang zur Verordnung sind beispielsweise folgende Bewertungskategorien definiert: Leistungen und finanzielle Mittel im Zusammenhang mit Jubiläumsveranstaltungen; Regelungen betreffend eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Anlässen sowie Empfängen, für welche einer der über 160 Vereine von Liestal verantwortlich zeichnet; eine Struktur ist nötig, da beispielsweise auch immer etwa die gleichen Gesuchsteller um Beiträge aus dem Kulturfonds ersuchen. Die Vereinsbeiträge sind teilweise budgetiert. Die Jugendkommission ist nur ein vorberatendes Gremium betreffend Gesuchen für Jugendarbeit-Projekte und da auch ein Stadtratsmitglied in der Jugendkommission Einsitz nimmt, ist die Kommunikation betreffend der diesbezüglichen Beitragsgesuche auch gewährleistet. Erwähnt sei auch, dass letztes Jahr der Ludothek für Anschaffungen ein namhafter Betrag entrichtet wurde. Auf Wunsch kann der Fiko selbstverständlich eine Liste mit den Vereinsbeiträgen ausgehändigt werden, eine solche könnte auch im Zusammenhang mit Kulturfondsbeiträgen zugestellt werden. Dem Stadtrat ist eine bestmögliche Transparenz ebenfalls wichtig. Die Einreichfrist von Gesuchen ist nicht vom Kalender- und Rechnungsjahr abhängig, damit beispielsweise auch Ende Jahr noch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Betreffend den grossen Vereinen wie beispielsweise dem Turnverein sei festgehalten, dass fast in allen Vereinen Nachwuchs- und Jugendarbeit geleistet wird und deshalb praktisch auch alle Vereine um einen finanziellen Beitrag ersuchen können. Sicher werden auch tolle Projekte geprüft, wenn der gesuchstellende Verein über ein Eigenkapital von mehr als CHF 20'000.— verfügt. Mit der Verordnung wollte der Stadtrat eine Struktur schaffen und diese auch allen Vereinen zur Kenntnis bringen, wie dies beispielsweise auch bei Kulturfondsbeiträgen der Fall war. Erwähnt sei auch, dass Sportvereine auch um finanzielle Beiträge aus dem Sport-Toto-Fonds usw. ersuchen können. Vor der stadträtlichen Beschlussfassung der neuen Verordnung ist auch die IGOL zur Vernehmlassung eingeladen worden, damit ein möglichst praxisbezogener Erlass geschaffen werden konnte.

Stadtrat Lukas Ott teilt mit, dass der Sport dem Bildungsdepartement angegliedert ist und er deshalb noch einige Ergänzungen macht. Die angebliche Missachtung der Vereinsarbeit durch den Stadtrat sowie weitere generelle Aussagen müssen zurückgewiesen werden, pflegt man mit den Vereinen doch eine gute Zusammenarbeit und unterstützt diese auch auf vielfältige Weise. Wo qualifizierte Arbeit geleistet wird, werden beispielsweise Beiträge aus dem Sport-Toto-Fonds geleistet, und trotzdem ist die Stadt grundsätzlich auch bereit, subsidiär noch weitere Unterstützungen zu leisten. Mit der Verordnung will man die am heutigen Abend bereits erwähnte Willkür mässigen und diese ist auch als Handlungsanweisung für den Stadtrat selber zu gebrauchen. Wichtig ist, dass bei grösseren Vorhaben und Projekten wie beispielsweise der Empfang der Tour-de-Suisse vom nächstem Jahr die Stadt möglichst früh betreffend allfälligen Unterstützungen kontaktiert wird, damit dann auch die entsprechenden Budget-Einstellungen gemacht werden können. Nur mit einem optimalen Mitmachen der Vereine kann der Stadtrat auch optimal auf die Anliegen der Vereine eingehen.

://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2007/149a wird einstimmig Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2007/149 wird einstimmig abgeschrieben.

116 0.01.011.01 Einwohnerrat

**4. Bericht des Stadtrates betreffend Mutation Quartierplanung Bücheli (vorgängig QP Areal Bücheli – Obergestadeck, Quartierplan 1);
1. Lesung und 2. Lesung (Nr. 2009/73)**

1. Lesung

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist und diesbezüglich keine Wortbegehren angemeldet werden.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt anhand einer visualisierten Skizze kurz die vom Stadtrat beantragte Mutation und Anpassung des QP Bücheli, die im Zusammenhang mit der Manor-Baugesuchseingabe notwendig sind. Die stadträtliche Vorlage betreffend der Finanz- und Landgeschäfte mit Nebenverträgen im Zusammenhang mit dem Manor-Projekt sowie der Parkhaus Bücheli AG wird dem Einwohnerrat noch diesen Herbst zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet.

Pascal Porchet (FDP) sagt, seine Fraktion spreche sich für eine Direktberatung des Geschäfts im Rat aus. Die Terminierung des Mitwirkungsverfahrens während der Sommerferien war etwas unglücklich. Wunschgemäss wurden die Änderungen in der Vorlage farblich hervorgehoben, wofür dem Stadtrat gedankt wird. Die Mutation beinhaltet keine wesentlichen Änderungen, da es sich dabei um die Organisation der Zugänge sowie Parkplätze handelt. Seine Fraktion ist gespannt auf die in Aussicht gestellte Finanzvorlage betreffend dem Manor-Projekt und wird der beantragten QP-Mutation zustimmen.

Philipp Senn (SP) orientiert, auch seine Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen und spricht sich ebenfalls für eine Direktberatung aus, da die Vorlage inhaltlich keine politische Aufarbeitung nötig macht. Bei künftigen Quartierplanungen müsste die Flughöhe derselben gut überlegt werden, damit sich der Einwohnerrat nicht bei kleinsten Änderungen wieder mit QP-Mutationen befassen muss.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, auch seiner Fraktion ist es wichtig, dass sich Liestal als Zentrum mit einem guten Gewerbe- sowie Einkaufsangebot und einer guten Durchmischung von kleinen und grossen Läden weiterentwickeln kann. Mit dem Manor-Neubau wird ein Einkaufsmagnet mit neuen Parkplätzen realisiert. Seine Fraktion legt sehr grossen Wert darauf, dass Veloparkplätze in der Nähe der Ladeneingänge sowie Autoparkplätze mit guter Erreichbarkeit realisiert werden. Der Einkaufsgast soll das Gefühl bekommen, dass er vom Parkplatzstandort aus alle Einkäufe ohne weite Wege machen kann. Seine Fraktion stimmt der beantragten Mutation der Quartierplanung Bücheli zu.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, auch seine Fraktion ist froh darüber, dass es nun vorwärts geht und spricht sich deshalb auch für eine Direktberatung aus. Dem stadträtlichen Antrag wird zugestimmt. Schade ist, dass nicht beide Vorlagen gleichzeitig dem Einwohnerrat unterbreitet wurden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass von den Vorrednern das Wesentlichste bereits gesagt wurde. Seine Fraktion wird dem Antrag ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen dankt für die gute Aufnahme des Geschäfts. Es wird festgestellt, dass die noch ausstehende Finanzvorlage unter anderem auch davon abhängig ist, dass der Rat der beantragten QP-Mutation zustimmen wird. Die Verkaufsverträge werden Mitte Oktober auf der Bezirksschreiberei unterzeichnet, so dass die Vorlage für die November-Sitzung in Aussicht gestellt werden kann.

://: Dem stadträtlichen Antrag betreffend der Mutation Quartierplanung Bücheli wird in der 1. Lesung beziehungsweise Konsultativabstimmung einstimmig zugestimmt.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) weist darauf hin, dass erst an der nächsten Einwohner-ratssitzung vom 18. November 2009 nach der 2. Lesung in einer Schlussabstimmung über die beantragte Mutation abgestimmt wird.

* * * * *

2. Lesung

Matthias Zimmermann (SP) stellt als BPK-Präsident nach der Behandlung des fünften Traktandums den Rückkommensantrag, dass nach dem klaren Abstimmungsergebnis der 1. Lesung ebenfalls an der heutigen Sitzung in 2. Lesung das Geschäft beraten wird. Die Weiterarbeit des Manor-Projektes würde stark erleichtert, könnte das Geschäft bereits an der heutigen Sitzung und nicht erst in zwei Monaten verabschiedet werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) orientiert, dass die vom Büro vorgeschlagene Vorgehensweise betreffend der Zweifachberatung auf § 76 des Geschäftsreglementes beruht. Die Ausnahmebestimmung betreffend der Durchführung von zwei Lesungen an zwei verschiedenen Sitzungstagen wird immer mehr zur Regel, was man vermeiden wollte. Zudem hatte er sich versichern lassen, dass die Zweitberatung an der Novembersitzung überhaupt kein Problem sein würde.

Nach erfolgter Umfrage kann festgestellt werden, dass zum Geschäft und zum Rückkommensantrag des BPK-Präsidenten keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Dem Rückkommensantrag wird zugestimmt.

://: Dem stadträtlichen Antrag betreffend der Mutation Quartierplanung Bücheli wird in der 2. Lesung einstimmig zugestimmt.

117 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) betreffend der Reklamereglement-Teilrevision (Nr. 2005/46b, Nr. 2005/46c)

Walter Leimgruber (SP) hält als Präsident nochmals die wichtigsten Punkte des GoR-Berichtes fest: Die GoR beantragt einstimmig die Rückweisung der Vorlage Nr. 2005/46b an den Stadtrat. Bei der Eintretensdebatte hatte sich die Kommission für ein Eintreten auf die Vorlage entschieden und beschlossen, dass die Vorlage an den Stadtrat mit klaren Vorgaben des Einwohnerrates zurückgewiesen wird. Die Anliegen sowie Empfehlungen der GoR im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines neuen und strafferen Reklamereglementes sind im zweiten Antrag des Kommissionsberichtes aufgeführt und werden kurz erörtert. Die Empfehlung der GoR betreffend der Zusammensetzung der Farb- und Reklamekommission basiert auf Erkenntnissen der verschiedenen Begehungen und Besprechungen der Kommission sowie Handhabung der Benchmark-Gemeinde Laufen.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, er werde das heute gültige Reklamereglement in keiner Weise verteidigen wollen. Schon bei der Genehmigung durch den Einwohnerrat ist das Reglement mit einer nicht all zu grossen Mehrheit beschlossen worden. Beim Vollzug des detaillierten Reglementes mit umfangreicher Verordnung sind mehrere Parteien involviert, was nicht immer unproblematisch ist. Betreffend der immer wieder vorgeschlagenen Beurteilung von Reklameeinrichtungen nach Augenmass ist eine Relativierung nötig, ist doch dieses Mass personenbezogen sehr unterschiedlich. Die von der GoR vorgeschlagene Aufstockung der beratenden Farb- und Reklamekommission könnte sehr heikel werden, dürfte doch alleine eine gerechte personelle Zusammensetzung derselben nicht unproblematisch sein. Mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen neuen Verordnung wäre der Vollzug der reglementarischen Bestimmung für alle Beteiligten bestimmt besser und einfacher geworden. Eine Gutheissung der GoR-Anträge ist keine Garantie dafür, dass das Verhältnis zwischen den Gesuchstellern und dem Stadtrat als Bewilligungsbehörde besser würde.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) orientiert, dass von Roman Zeller ein Antrag namens der FDP-Fraktion betreffend Antrag 2 Abs. 2 des GoR-Berichtes eingereicht wurde: *Der Stadtrat regelt die Gebühren in der Verordnung*. Das heisst, dass die Bestimmungen bezüglich der Dimensionen von Reklamen und Reklameträgern nach wie vor im Reglement geregelt werden sollen. Der Antrag der FDP-Fraktion wird nach der Beratung der Gesamtvorlage zur Abstimmung gelangen.

Roman Zeller (FDP) stimmt zu, dass die GoR bei der Beratung des Geschäfts stark gerungen hatte. Entscheide betreffend Reklamen sind eine schwierige Angelegenheit und der Grund dürfte darin liegen, dass Ästhetikfragen schlecht geregelt werden können. Bei einer Führung der GoR im Stedtli hatten Beispiele gezeigt, dass die reglementarischen Bestimmungen nicht immer angewendet wurden, einige Reglementsabweichungen aber doch auf vernünftigen Entscheiden beruhen. Auch die Farb- und Reklamekommission ist mit den gültigen Bestimmungen nicht ganz glücklich, da diese teilweise stark einengen. Es ist für die Gesuchsteller natürlich unverständlich, dass in Liestal Logos und Reklamen nicht bewilligt werden, welche sonst in der ganzen Schweiz akzeptiert werden. Liestal hat wohl ein Primatsproblem betreffend der Reklamegesuche und es sollte einen Mittelweg geben. Mit der Empfehlung der GoR betreffend der Kommissionbildung wären nebst den Ästheten auch die Vertreter der Wirtschaftsfreiheit in der Fachkommission vertreten. Das Reglement sollte schlanker werden und in diesem nur die Leitplanken gesetzt werden. Das Delegieren von bisherigen reglementarischen Bestimmungen auf Verordnungsstufe macht keinen Sinn und auch die künftige Umsetzung der Erlasse würde damit nicht einfacher. Deshalb sollen gemäss seinem Antrag die Bestimmungen betreffend der Reklamedimensionen auf Reglementsstufe und die Gebühren vom Stadtrat auf Verordnungsstufe geregelt werden.

Elisabeth Spiess (GL) meint, die damalige GoR habe im Zusammenhang mit der Beratung und Beschlussfassung des heute gültigen Reglementes gute Arbeit geleistet, doch wäre es nach den ersten gemachten Erfahrungen wohl doch einfacher und praktikabler, wenn man neu mit schlankeren Erlassen arbeiten könnte. Ihre Fraktion unterstützt die formulierten Anträge der GoR. Ergänzend wird der Hinweis gemacht sowie die Empfehlung abgegeben, dass bei den Leuchtreklamen die allgemein gängigen Vorgaben betreffend der Lichtverschmutzung übernommen werden. Betreffend der GoR-Empfehlung bezüglich der Bildung der Farb- und Reklamekommission geht ihre Fraktion davon aus, dass auch mit der Einsitznahme einer KMU-Vertretung die Kommission nicht grösser würde, sondern bisherige Kommissionsmitglieder ersetzt würden.

Regula Nebiker (SP) betont, es ist nicht die Absicht der GoR, irgendwelche Arbeiten abzuwerten. Bei der kürzlichen Begehung der GoR ist der Eindruck entstanden, dass die Qualität der Arbeiten von Stadtrat und Verwaltung nicht sehr stark abhängig von den reglementarischen Bestimmungen sind. Betreffend des Augenmasses ist festzuhalten, dass die Entscheidungskompetenz schlussendlich beim Stadtrat und nicht bei der beratenden Kommission liegt. Von einer vermehrten Entscheidungsfreudigkeit des Stadtrates und der Verwaltung dürfte auch das Gewerbe profitieren. Das neue Reklamereglement soll nicht nur verbieten, sondern vielmehr ermöglichen. Auch ein schnelleres Verfahren bei den Reklamegesuchen wäre wünschenswert. Ihre Fraktion wird den Anträgen mit den Empfehlungen der GoR zustimmen.

Margrit Siegrist (SVP) sagt, auch ihre Fraktion unterstütze einstimmig die Anträge der GoR. Damit sollte der Weg für eine schlankeres und verständlicheres Reklamereglement geebnet sein. Ihre Fraktion hofft, dass der Stadtrat auch die Empfehlung der GoR betreffend der Einsitznahme eines Gewerbevertreters in der Farb- und Reklamekommission umsetzt.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass sie bei der GoR-Beratung feststellen konnte, dass betreffend der Schönheit und Ästhetik von Reklamen recht unterschiedliche Meinungen vertreten werden. Überreglementierungen würden diesbezügliche Entscheidungsfreiheiten nicht mehr zulassen. Dabei ist zu bedenken, dass auch die Gesuchsteller betreffend der Reklameeinrichtungen nur das Beste wollen und ihnen deshalb auch das Vertrauen geschenkt werden sollte. Ihre Fraktion unterstützt die Anträge und Empfehlungen der GoR.

Walter Leimgruber (SP) ist als GoR-Präsident ob des Antrages von Roman Zeller überrascht, hätte dieser auch trotz Abwesenheit des Antragstellers an der letzten Sitzung in der Kommission eingespiessen und noch beraten werden können. Mit dem Antrag sollen Details bezüglich der Dimensionen von Reklameeinrichtungen usw. in der Verordnung und nicht im Reglement geregelt werden. Dies ist aber nicht die Meinung der GoR und deshalb wird empfohlen, dass der Antrag der FDP-Fraktion nicht unterstützt wird.

Stadtrat Ruedi Riesen bemerkt, dass hinsichtlich der Ästhetik-Definition nicht alles so liberal und offen ausgelegt werden kann, wie sich einzelne Ratsmitglieder dies vorstellen. Die empfohlene Kommissionserweiterung birgt auch die Gefahr einer Machtüberspitzung in sich, was beim Vollzug der Rechtserlasse nicht zu unterschätzen ist.

Roman Zeller (FDP) erklärt, bei seinem Antrag gehe es doch schlussendlich darum, was wo und auf welcher Stufe geregelt wird. Das Primat und die Leitlinien sollen weiterhin vom Einwohnerrat festgelegt und beschlossen werden.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) ruft in Erinnerung, dass gemäss Antrag der FDP-Fraktion der Stadtrat die Gebühren in der Verordnung regelt, aber beispielsweise die Dimensionen der Reklameeinrichtungen vom Einwohnerrat im Zusammenhang mit der Reglementsgenehmigung festgelegt werden sollen.

Regula Nebiker (SP) führt aus, ihrer Fraktion ist durchaus bewusst, dass mit dem GoR-Antrag vermehrte Kompetenzen an den Stadtrat zurückgegeben werden. Damit hätte der Stadtrat auch die Konsequenzen seiner Entscheide zu tragen und diesem wird zugetraut, dass er über das nötige Augenmass verfügt. Der FDP-Antrag wird deshalb nicht unterstützt.

Margrit Siegrist (SVP) macht beliebt, dass die Diskussion abgeschlossen wird. Weitere Detailberatungen sind nach Vorliegen des neuen Reklamereglementes immer noch möglich. Ihre Fraktion wird die GoR-Anträge unterstützen.

://: Der Antrag der FDP wird grossmehrheitlich abgelehnt.

://: Dem Antrag der GoR betreffend der Rückweisung der Vorlage Nr. 2005/46b an den Stadtrat wird einstimmig zugestimmt.

://: Dem Antrag der GoR betreffend des Auftrags an den Stadtrat für die Ausarbeitung einer neuen Vorlage mit Berücksichtigung der formulierten GoR-Anliegen wird einstimmig zugestimmt.

118 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Regina Vogt der FDP-Fraktion betreffend Einführung einer neuen Fussgängerkultur in Liestal (Nr. 2009/56)

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zum politischen Vorstoss und den Fragen von Interpellantin Regina Vogt Stellung: Grundsätzlich ist der Stadtrat bereit, alle Bemühungen zu unterstützen, welche die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer erhöht. Die Verkehrsschulung der Kinder von Liestal fällt in die Zuständigkeit der Verkehrserziehung der Polizei Basel-Landschaft. Durch die speziell geschulten Polizisten der Verkehrserziehung wird bereits den Kindern in den Kindergärten, aber auch in den Unterstufen das richtige Verhalten im Strassenverkehr, speziell aber auch das Verhalten am Fussgängerstreifen, gelehrt und mit ihnen auch praktisch geübt. Es wird den Kindern klar mitgegeben, dass sie vor einem Fussgängerstreifen warten müssen und diesen erst betreten dürfen, wenn die Autos vor dem Fussgängerstreifen stillstehen. Die Stadt Liestal, speziell die Stadtpolizei, hat sich bis jetzt jedes Jahr an Kampagnen der Beratungsstelle für Unfallverhütung BfU beteiligt um die Fahrzeugführer aber auch die Fussgänger auf das richtige Verhalten zu sensibilisieren. Dies mit Plakataktionen aber auch mit gezielten Kontrollen an Fussgängerstreifen, bei welchen die Broschüre „Gelbes Zebra“ an Fahrzeugführer und zu Fuss Gehende abgegeben wurde, die sich nicht richtig verhalten haben. Grobe Verstösse wurden nebst der Aufklärung auch geahndet. Die Stadt Liestal darf aber nicht die heute gültigen Gesetze durch eigene Kampagnen aushebeln und auf dem Stadtgebiet etwas anderes einführen als das was auf dem ganzen Gebiet der Schweiz gültig ist. Dies würde die Verkehrssicherheit nicht erhöhen, sondern verschlechtern, zudem würde eine sehr grosse Unsicherheit entstehen. Im Sinne der Verkehrssicherheit wird die bisherige Strategie der Aktionen der Stadtpolizei in Zusammenarbeit mit den Kantonsstellen und der BfU weitergeführt. Im Jahre 2008 kam es auf den Gemeinde- und Kantonsstrassen in Liestal zu insgesamt 5 Verkehrsunfällen an Fussgängerstreifen bei denen Fussgänger beteiligt waren. Im Jahre 2009 kam es bis jetzt zu einem solchen Verkehrsunfall. Von einer drastischen Zunahme von Verkehrsunfällen kann aber laut Kantonspolizei nicht gesprochen werden.

Roman Zeller (FDP) stellt stellvertretend für Interpellantin Regina Vogt fest, dass ihn die stadträtliche Antwort befriedigt. Vorallem die erwähnten Massnahmen und vermehrte Gewichtung betreffend der Verkehrserziehung und Verkehrsschulung von Jugendlichen macht Sinn. Seinerseits wird die Diskussion nicht gewünscht.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) gibt die Diskussion frei, da eine Wortmeldung vorliegt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) berichtet, im Kanton Basel-Landschaft haben die Verkehrsunfälle bei Fussgängerstreifen gegenüber dem Vorjahr um rund 30 Prozent zugenommen. Die Fussgängerstreifen geben vorallem den Schulkindern eine Sicherheit und so wird auch vom Kanton ein Verkehrsschul-Kindergarten geplant. Persönlich hat sie noch das Anliegen, dass der beim Gräubernweg wegen der Tempo 30-Einführung aufgehobene Fussgängerstreifen wieder markiert wird, da den Kindern nun jegliche Orientierung bei der Strassenüberquerung fehlt.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

119 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Motion von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse (Nr. 2009/57)

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zur Motion Stellung: Der Stadtrat hat an seiner gestrigen Sitzung die verkehrspolizeiliche Anordnung betreffend Aufhebung der Rechtsvortrittsregelung bei den Einmündungen in die Seltisbergerstrasse beschlossen. Betreffend der Umsetzung des stadträtlichen Entscheides bedarf es noch etwas Zeit.

Hanspeter Stoll (SP) zeigt sich als Motionär sehr erfreut über die Mitteilung der Stadtpräsidentin. Sein politischer Vorstoss wäre eigentlich unnötig gewesen, doch ist er diesbezüglich bereits vor 10 Jahren vergeblich vorstellig geworden. Vor 5 Jahren hatte die Anwohnerschaft vergeblich interveniert. In der Fragestunde der Einwohnerratssitzung vom 20.08.2008 hatte er keine befriedigende Antwort zu einer konkreten Lösung erhalten. Ende 2008 und im März 2009 ist er vom Kanton angefragt worden, ob er denn noch etwas unternehmen werde, da noch immer nichts gegangen sei und sich diesbezüglich die Stadt Liestal betreffend der Problemlösung nicht kooperativ zeige. Daraufhin hatte er im April die Motion eingereicht, damit eine konkrete Lösung gesucht und gefunden wird. Den Benützern und Anwändern der Seltisbergerstrasse ist der dringliche Handlungsbedarf längst bewusst, birgt doch die Seltisbergerstrasse diverses Gefahrenpotential betreffend verschiedenen Verkehrssituationen und Geschwindigkeitsüberschreitungen in sich. Er hofft, dass seine Motion dennoch an den Stadtrat überwiesen wird, hatte er doch zu lange gewartet. Erst wenn er sich selbst von der Umsetzung des gestrigen Stadtratsbeschlusses überzeugen konnte, würde er einer Abschreibung seiner Motion auch zustimmen können.

Michael Bischof (FDP) spricht sich ebenfalls für die Überweisung der Motion aus. Die Motion macht sehr viel Sinn, da beispielsweise auch bei der Einfahrt Langhagstrasse / Bruckackerweg die Fussgänger im Verkehr extrem stark benachteiligt werden, da beispielsweise Kandelaber, Brunnen, Telefonverteilkästen usw. insbesondere Kleinkindern eine freie Sicht verunmöglichen. Die vom Stadtrat beschlossene Aufhebung des Rechtsvortrittes dürfte nicht die alleinige Lösung sein, da weitere verkehrspolizeiliche und gar bauliche Massnahmen zusätzlich noch nötig wären.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass sie die Aussage des Motionärs betreffend der 10-jährigen Dauer nicht ganz auf dem Stadtrat und der Verwaltung sitzen lassen kann, da beispielsweise auch personelle Veränderungen bei der Kantonspolizei zu Verzögerungen führten. Die erste Kontaktnahme und Begehung der Kantons- und Stadtpolizei hatte am 10.09.2009 stattgefunden und der Stadtrat hatte bereits gestern die verkehrspolizeiliche Massnahme beschlossen. Bis Ende Oktober sollte der stadträtliche Entscheid vom 22.09.2009 auch umgesetzt sein.

://: Einstimmig wird die Motion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse an den Stadtrat überwiesen.

Schluss der Sitzung: 19.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Adrian Mächler

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann